

An den  
**Ministerpräsidenten des Landes Baden-Württemberg**  
**Winfried Kretschmann**  
**Staatsministerium**  
**70184 Stuttgart**

Per e-mail: [poststelle@stm.bwl.de](mailto:poststelle@stm.bwl.de)

Stuttgart, 15.12.2017

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident,

von Ihrem Abteilungsleiter, Dr. Stegmann bzw. dessen Stellvertreter haben wir Antwort auf unser Schreiben bekommen - vielen Dank dafür.

Wir freuen uns, dass der Klimaschutz für die Regierung ein zentrales Anliegen ist. Das Klimaschutzgesetz und auch das IEKK sind uns bestens bekannt und werden in Diskussionen zum Klimaschutz von uns zur Argumentation herangezogen.

Wir sehen aber mit Sorge, dass zwischen den Zielen des IEKK und aktuellen Daten z.B. bei Treibhausgasen einen immer größer werdende Diskrepanz auftritt, so ist Baden-Württemberg immer noch auf dem vorletzten Platz beim Vergleich der Länder bei der Windenergie mit ca. 1.8% und nach den letzten Ausschreibungen – keine WKA für Baden-Württemberg – ist es ausgeschlossen, dass in diesem Bereich die Ziele erreicht werden. Dann würde man erwarten, dass diese Zielverfehlung in anderen Bereichen kompensiert wird, z.B. im Verkehrsbereich. Aber der Verkehrsbereich ist der Bereich, in dem es seit 1990 überhaupt keine Fortschritte gegeben hat.

In diesem Zusammenhang erstaunt es, dass von einer Regierung, die sich dem Klimaschutz verpflichtet fühlt, viele Fragen unseres Schreibens unzureichend oder gar nicht beantwortet werden. Bei den Umweltverbänden verstärkt sich der Eindruck, dass die Ziele im Klimaschutzgesetz und im IEKK eher unverbindliche Absichtserklärungen sind, die nicht zeitnah umgesetzt werden müssen. Einige Punkte im Einzelnen:

- 1) In Ihrem Schreiben erklären Sie, dass die Landesregierung sich dafür einsetzt, „ambitionierte CO<sub>2</sub>-Flottengrenzwerte für Kfz zu vereinbaren.“ Hat sich die Landesregierung in Berlin und Brüssel dafür eingesetzt, dass es bei Einführung des RDE (real drive emission) keinen „conformity factor 2.1.“ gibt? Wir haben dazu in der Presse nichts gelesen.

- 2) Die Feststellung des Umweltbundesamtes (UBA) „SUV und hochmotorisierte Fahrzeuge werden meist mit Diesel-Motoren ausgestattet, um den Spritverbrauch in einem erträglichen Rahmen zu halten. So kamen und kommen diese Fahrzeuge mehr und mehr in den Markt. Deren entsprechend höherer Verbrauch zehrt den CO<sub>2</sub>-Vorteil auf“ scheint unbestritten. Zu den auf der IAA vorgestellten „Protzbrocken“, wie sie der Spiegel nannte, möchte sich die Regierung nicht äußern, obwohl gerade mit diesen Autos die Erreichung der Klimaziele unmöglich wird.
- 3) Es ist ein Skandal, dass auf der IAA Dieselaautos gezeigt wurden, die im Fahrbetrieb die NOx –Werte um ein Vielfaches überschreiten. Warum schweigt der Ministerpräsident dazu? Das gilt auch für Autos, die jetzt noch verkauft werden. Die Kunden werden betrogen und Stadtbewohner werden vergiftet. Wir haben darauf keine Antwort bekommen.
- 4) Die Landesregierung setzt große Hoffnungen auf die Blaue Plakette. „Am Fallbeispiel Stuttgart wird das enorme Potential einer Blauen Plakette deutlich.“ Das steht in einem eklatanten Widerspruch zu den Ausführungen des Verwaltungsgerichts Stuttgart. Wie das Verwaltungsgericht in Stuttgart festgestellt hat, kann die Blaue Plakette keine Maßnahme sein, weil es sie nicht gibt. Die Einführung soll frühestens bei einer Marktdurchdringung von 80% kommen, also ca. 2021, wie Dr. Sandner ausführte. Nicht berücksichtigt ist dabei der oben erwähnte Skandal, dass 2017 immer noch Euro 6 Autos verkauft werden, die im realen Fahrbetrieb Euro 4 oder 5 sind. Warum wird die Bevölkerung über Zeitpunkt und Wirksamkeit gezielt in die Irre geführt?
- 5) Wir sind enttäuscht, dass Sie ein Tempolimit nur an den Stellen umsetzen wollen, an den es nur aus Verkehrssicherheitsgründen geboten ist. Ein Tempolimit auf der Autobahn kann ohne große Kosten sofort 3% Treibhausgase-Einsparung erbringen und zusätzlich viele tödliche Unfälle vermeiden. Eine Mehrheit der Bundesbürger ist für Tempolimits, und seit Neuestem sogar VW Chef Matthias Müller (siehe Handelsblatt-Interview). Es ist uns bekannt, dass diese Frage in erster Linie vom Bund geregelt werden muss. Trotzdem kann sich ein Ministerpräsident dazu öffentlich positionieren und zumindest von den Gegnern eines Tempolimits Alternativvorschläge verlangen, wie die Klimaschutzziele sonst erreicht werden können. Unverständlich ist es für die Umweltverbände, dass ein Ministerpräsident nicht seinem Verkehrsminister öffentlich den Rücken stärkt, der Verkehrsrowdys ,z.B. aus der Schweiz, die meinen, sie müssten mit 280kmh über deutsche Autobahnen rasen, durch streckenweise Tempolimits ausbremsen möchte.
- 6) Ein umweltbewusster Ministerpräsident sollte auch, was sein Dienstfahrzeug betrifft, ein Vorbild sein. Unsere diesbezügliche Frage „Warum muss eigentlich ein Ministerpräsident, der sich für das Klima einsetzt, ein Auto mit 325 kw bzw. 441 PS fahren? Müssen Sie auch mit über 250 km/h Höchstgeschwindigkeit zu ihren Terminen fahren? Würde maximal Tempo 120 nicht auch reichen?“ wurde nicht beantwortet.

Mit freundlichen Grüßen

für den **BUND** (Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland) Regionalverband Stuttgart:  
Gerhard Pfeifer, Rotebühlstr. 86/1, Tel. 0711/61970-40, E-Mail: [gerhard.pfeifer@bund.net](mailto:gerhard.pfeifer@bund.net)

für das **KUS** (Klima- und Umweltbündnis Stuttgart):  
Manfred Niess, Kernerstraße 22 B, 70182 Stuttgart, Tel. 0711 - 297082 E-Mail: [MNiess@t-online.de](mailto:MNiess@t-online.de)

für den **VCD** (Verkehrsclub Deutschland) Kreisverband Stuttgart e.V.:  
Christoph Link, Vaihinger Landstraße 50, 70195 Stuttgart Tel. 0711 - 6993756 E-Mail: [link@vcd-stuttgart.de](mailto:link@vcd-stuttgart.de)